WB-01-025-2

Welt im Blick

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum:	02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 24 bis 26 einfügen:
Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In Osteuropa erleben wir zum Teil einen Rückfall in vordemokratische Zeiten. Wenn in Russland „Propaganda über Homosexualität“ verboten wird, so verletzt das massiv die Menschenrechte von LSBTIQ*. Wenn Menschen in Tschetschenien deportiert werden, muss die Bundesregierung aktiv sein. Die Bundesregierung verhält sich zu passiv und äußert Kritik höchstens hinter verschlossenen Türen. Die Botschafter*innen anderer EU-Staaten demonstrieren dagegen selbst auf gefährdeten Pride-Märschen mit. Solches öffentliches Engagement erwarten wir von unserer Bundesregierung auch. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat.